



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Gesundheitsausschuss

Es informiert Sie:	Sarah Schwanke
Telefon:	02104 99 2260
Fax:	
E-Mail:	sarah.schwanke@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 09.11.2023

Niederschrift

zur Sitzung des Gesundheitsausschusses

Sitzungstermin Donnerstag, den 26.10.2023, 17:20 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Carola Rotert

Mitglieder

Ina Bisani

Annette Braun-Kohl

Torsten Cleve

Wolfgang Diedrich

Ulrich Düchting

Sandra Ernst

Dr. Tina Guenther

Brigitte Hagling

Gabriele Hruschka

Marion Klaus

Ulrich Klaus

Petra Kotthaus

Markus Meiser

Sybille Schettgen

Margret Stolz

Solveigh Zieger

bis 18:25 Uhr

Verwaltung

David Gonsior

Tobias Jahn

Marcus Kowalczyk

Marie Louis

Gerhard Rott

Frank Schäfer
Daniela Schlösser
Christian Schölzel
Sarah Schwanke
Dr. Ruzica Susenburger
Dorothea Weiß

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
- 1.1. Eröffnung der Sitzung
- 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.3. Feststellung der Anwesenheit
- 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.5. Feststellung der Tagesordnung
- 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 21.08.2023
3. Informationen der Verwaltung
4. Übernahme der Prüfung und Erlaubniserteilung für den Heilpraktiker allgemein und sektoral ab 2024 durch die Stadt Solingen (Stand: 20.09.2023) 53/014/2023
5. Förderung der Schwangerschaftsberatungsstellen im Kreis Mettmann – Neuverhandlung der Vereinbarungen für 2024ff 53/015/2023
6. Richtlinie über die Förderung inklusiver, außerschulischer Freizeitveranstaltungen für Schülerinnen und Schüler mit (drohender) Behinderung 57/007/2023
7. Haushalt 2024 20/037/2023
8. Sachstandsbericht des Gesundheitsamtes 53/013/2023
9. Nachträge

Nicht öffentlicher Teil

10. Informationen der Verwaltung
11. Beteiligungsmanagement: Bericht über die Entwicklung der WFB Werkstätten des Kreises Mettmann 20/035/2023
12. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

KA Rotert eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Anschließend teilt sie mit, dass KA Braun-Kohl KA Kirchhoff in der Sitzung vertritt. Für KA Gafari nimmt KA Ernst an der Sitzung teil.

KA Rotert stellt die Anwesenheit und die Tagesordnung fest.

Als Berichterstatterin für den Kreistag wird KA Hagling von der UWG-ME-Fraktion benannt.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 21.08.2023

Die Niederschrift über die Sitzung vom 21.08.2023 wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung

Herr Kowalczyk erklärt, dass keine weiteren Informationen der Verwaltung vorlägen.

Zu Punkt 4: Übernahme der Prüfung und Erlaubniserteilung für den Heilpraktiker allgemein und sektoral ab 2024 durch die Stadt Solingen (Stand: 20.09.2023) - Vorlage Nr. 53/014/2023

Frau Dr. Susenburger führt in die Vorlage ein und berichtet, dass der Entwurf der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Solingen seit Kurzem vorläge. Der Entwurf werde nun hausintern geprüft.

Die Vereinbarung werde den Mitgliedern des Gesundheitsausschusses nachgereicht.

Auf Nachfrage von KA Stolz gibt Frau Dr. Susenburger an, dass für den Kreis Mettmann jährlich ca. 120 Prüfungen für den Heilpraktiker allgemein und sektoral abgenommen würden.

Nachtrag: Die Zahl schwankt. Wurden in 2023 insgesamt 14 Prüfungen abgenommen, liegen derzeit für 2024 bereits 57 Anmeldungen vor.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt die Vorlage der Verwaltung zur Übernahme der Prüfung und Erlaubniserteilung für den Heilpraktiker allgemein und sektoral ab dem 01.01.2024 durch die Stadt Solingen zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreisausschuss der Vorlage zuzustimmen und an den Kreistag zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 5: Förderung der Schwangerschaftsberatungsstellen im Kreis Mettmann – Neuverhandlung der Vereinbarungen für 2024ff - Vorlage Nr. 53/015/2023
--

KA Ernst dankt für die Vorlage und fragt an, ob Nachsteuerungen für den Haushalt angedacht seien, falls die in der Vorlage aufgeführten finanziellen Mittel im Rahmen der anstehenden Vertragsverlängerung angepasst werden müssten.

KA Hruschka merkt an, dass bei der Vertragsverlängerung lediglich rechtliche und keine fiskalischen Änderungen vorgenommen würden.

Frau Dr. Susenburger bestätigt diese Aussage und erklärt, dass der bereits bestehende Vertrag zu den in der Vorlage dargestellten Konditionen fortgeführt werden solle und die Träger auch bereits zugestimmt hätten.

Sollten sich wider Erwarten Änderungen ergeben, würden die Mitglieder des Gesundheitsausschusses informiert und entsprechende Anträge in den Haushalt eingebracht.

Herr Kowalczyk erklärt auf Nachfrage von KA Stolz, dass die vertraglich zu erbringenden Leistungen mit den Trägern abgestimmt seien.

Die Mitglieder des Gesundheitsausschusses nehmen die Vorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 6: Richtlinie über die Förderung inklusiver, außerschulischer Freizeitveranstaltungen für Schülerinnen und Schüler mit (drohender) Behinderung - Vorlage Nr. 57/007/2023
--

KA Rotert dankt der Verwaltung für die kurzfristige Erstellung der vorliegenden Richtlinie. Auch Herr Kowalczyk dankt dem Fachamt insbesondere im Hinblick auf die kurze vorhandene Zeit für die Erstellung der Richtlinie.

Herr Schäfer führt in die Vorlage ein, vorsorglich sei darin klargestellt worden, dass die Richtlinie eine freiwillige Leistung des Kreises an Veranstaltungsträger regelt, die neben den gesetzlichen, individuellen Hilfen an die Betroffenen gezahlt werden. Gewisse Limitierungen seien hier allerdings sachlich notwendig gewesen. Auf Nachfrage von KA Hruschka erklärt Herr Schäfer, dass die gesetzliche Eingliederungshilfe individuelle Ansprüche für den Lebensbereich der sozialen Teilhabe vorsehe, die ggf. auf Antrag geprüft und bewilligt würden.

Beschluss:

Die Richtlinie über die Förderung inklusiver, außerschulischer Freizeitveranstaltungen für Schülerinnen und Schüler mit (drohender) Behinderung im Kreis Mettmann wird mit Wirkung ab dem 01.01.2024 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 7: Haushalt 2024 - Vorlage Nr. 20/037/2023
--

KA Rotert begrüßt Herrn Kreiskämmerer Schölzel und erläutert das Verfahren der Haushaltsberatungen.

Grundlage der Haushaltsberatungen bildet der in der Sitzung des Kreistages am 07.10.2021 eingebrachte Haushaltsentwurf für das Jahr 2024.

Frau Rotert ruft nacheinander die einzelnen Produkte und – soweit sie vorliegen - Veränderungsanträge auf und lässt über diese jeweils abstimmen. Anschließend erfolgt die Abstimmung über den jeweiligen Produktbereich. Nach abschließender Vorberatung durch den Ausschuss erfolgt eine endgültige Beschlussfassung über den Haushaltsentwurf für das Jahr 2024, soweit er in die Zuständigkeit des Gesundheitsausschusses fällt.

1. Produktbereich 05 (Soziale Leistungen)

a) Produkt 050101 (Eingliederungshilfe, Fachstelle SGB IX)

Abstimmungsergebnis Produkt 050101: einstimmig angenommen

b) Produkt 050409 (Behinderung und Ausweis)

Hier liegt ein Veränderungsantrag der Verwaltung vor:

Thema: Haushaltsaufstellung 2024

Erhöhung der Kennzahl „Verfahren p.A. gesamt“ von 16.000 auf 16.050.

Die Änderung der Kennzahlen unter Nr. 1 „Verfahren p.A. gesamt“ für die Jahre 2024 bis 2027 berichtigt lediglich einen vorherigen Additionsfehler (Summen aus Nr. 2 bis 6).

Anpassung des Belastungsausgleichs des Landes für die allgemeinen Sachkosten sowie Erhöhung der Landeserstattung für den fachlichen Aufwand.

Auf Nachfrage von KA Hruschka erklärt Herr Kreiskämmerer Schölzel, dass bei den Angaben zu Vollzeitäquivalenten aus verschiedenen Gründen tatsächliche Abweichungen zum Stellenplan zu verzeichnen seien, ohne die Vorgaben des Stellenplans zu verändern. Hieraus ergeben sich die Verschiebungen bei den Kennzahlen im Personalbereich.

Herr Schäfer führt auf Nachfrage aus, dass die Anerkennungsquoten für die Schwelle der Schwerbehinderung für das Jahr 2023 erst am Anfang des Folgejahres feststehen. Zum Aufwandsdeckungsgrad erläutert er, dieser ergebe sich aus der Gegenüberstellung von Erträgen und Aufwendungen. Nach den jüngsten Anpassungen des Landes werde die Kostenerstattung für den fachlichen Aufwand zwar erhöht (dazu der Veränderungsantrag), die Refinanzierung der Personalkosten werde wegen der Absenkung der Fallzahlen während der Coronapandemie allerdings sinken. Die Auswirkung für den Kreis Mettmann werde derzeit geprüft. Seitens des Fachministeriums wurde immerhin in Aussicht gestellt, die Entwicklung der Fallzahlen und eine ggf. dadurch gerechtfertigte, vorzeitige Korrektur der Kürzungen im nächsten Jahr zu prüfen. Dies hänge allerdings von der landesweiten Entwicklung der Fallzahlen ab.

Auf Nachfrage von KA Hagling berichtet Herr Schäfer, dass sich die derzeitige Bearbeitungszeit von Anträgen auf 4,5 bis 5 Monate verlängert habe. Die Verlängerung sei insbesondere in der immer noch andauernden Umstellung auf die digitale Akte parallel zu den wieder steigenden Antragszahlen begründet.

Abstimmungsergebnis Veränderungsantrag: einstimmig angenommen

Abstimmungsergebnis Produkt 050409: einstimmig angenommen

c) Produkt 050501 (Behindertenkoordination, Beratungsdienst)

Hier liegt ein Veränderungsantrag der Verwaltung vor:

Thema: Haushaltsaufstellung 2024

Die Kennzahl „Anzahl Behinderter in Freizeitangeboten“ fällt weg, da sie sich auf eine Richtlinie bezieht, die Ende 2023 ihre Wirksamkeit verliert. Neue Kennzahlen werden anhand der Erfahrungen mit der neuen Richtlinie über die Förderung von Freizeitangeboten entwickelt.

Reduzierung des Ansatzes gemäß Vorlagen 57/006/2023 und 57/007/2023.

Auf Nachfrage von KA Hruschka erklärt Herr Schäfer, dass die Kennzahl 4 fortfalle, weil der Begleitende Dienst inzwischen nicht mehr für den Bereich Frühförderung, sondern für die Eingliederungshilfen im Schulalter tätig sei.

Abstimmungsergebnis Veränderungsantrag: einstimmig angenommen

Abstimmungsergebnis Produkt 050501: einstimmig angenommen

d) Produkt 050502 (Frühförderung)

Abstimmungsergebnis Produkt 050502: einstimmig angenommen

e) Produkt 050601 (Wohnverbund für behinderte Erwachsene)
Abstimmungsergebnis Produkt 050601: einstimmig angenommen

f) Produkt 050602 (Integrative Kindertagesstätte Velbert)
KA Hruschka erfragt die weitere Entwicklung für die heilpädagogischen Kindertagesstätten. Laut LVR-Dezernent Dannert sei die Umstellungsfrist in gemischte Gruppenstrukturen inzwischen bis 2029 verlängert worden. Sie bittet daher um Aufklärung im kommenden Gesundheitsausschuss, gerne auch mit persönlicher Beteiligung des LVR. Herr Schäfer bestätigt, dass auch er von dieser Verlängerung gehört habe, allerdings noch nicht offiziell und verbindlich. Der Kreis Mettmann als Träger solcher Gruppen sei leider nicht in den Entscheidungsprozess eingebunden. Im nächsten Gesundheitsausschuss werde er über den Sachstand berichten, eine Beteiligung des LVR werde dort nachgefragt.
Abstimmungsergebnis Produkt 050602: einstimmig angenommen

g) Produkt 050603 (Heilpädagogische KiTa Ratingen)
Abstimmungsergebnis Produkt 050603: einstimmig angenommen

h) Produkt 050604 (Heilpädagogische KiTa Mettmann)
Auf Nachfrage von KA Hruschka erklärt Herr Schäfer, dass bei der Kennzahl für motopädische Behandlungen auf Seite 768 des Haushaltsentwurfs lediglich ein unrealistischer Sollwert korrigiert worden sei.
Abstimmungsergebnis Produkt 050604: einstimmig angenommen

i) Produkt 050605 (Heilpädagogische integrative KiTa Langenfeld)
Abstimmungsergebnis Produkt 050605: einstimmig angenommen

Abstimmungsergebnis Produktbereich 05: einstimmig angenommen

2. Produktbereich 07 (Gesundheitsdienste)

a) Produkt 070101 (Gesundheitsförderung)
Abstimmungsergebnis Produkt 070101: einstimmig angenommen

b) Produkt 070102 (Gesundheitsbezogene Hilfen)
Abstimmungsergebnis Produkt 070102: einstimmig angenommen

c) Produkt 070103 (Psychosoziale Versorgung)
Auf Bitte von KA Hruschka sichert Frau Dr. Susenburger den Mitgliedern des Gesundheitsausschusses für den kommenden Gesundheitsausschuss eine Kurzübersicht zu den verschiedenen Leistungserbringungen im Bereich der Suchtberatung und des Suchtkontaktes zu.
Abstimmungsergebnis Produkt 070103: einstimmig angenommen

d) Produkt 070201 (Gesundheitsschutz)
Abstimmungsergebnis Produkt 070201: einstimmig angenommen

e) Produkt 070202 (Medizinalaufsicht)
Abstimmungsergebnis Produkt 070202: einstimmig angenommen

f) Produkt 070301 (Amtsärztliche Aufgaben)
Abstimmungsergebnis Produkt 070301: einstimmig angenommen

Abstimmungsergebnis Produktbereich 07: einstimmig angenommen

Abschließend erfolgt die **GESAMTABSTIMMUNG** über folgenden **Beschlussvorschlag**:

Der Gesundheitsausschuss nimmt den vorliegenden Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2024 – soweit er in seine Zuständigkeit fällt – zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreisausschuss, den Entwurf mit den beratenden Änderungen zuzustimmen und an den Kreistag zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den vorliegenden Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2024 – soweit er in seine Zuständigkeit fällt – zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreisausschuss dem Entwurf mit den beratenen Änderungen zuzustimmen und an den Kreistag zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 8: Sachstandsbericht des Gesundheitsamtes - Vorlage Nr. 53/013/2023

KA Ernst dankt für die ausführlich ausgearbeitete Vorlage. Auf ihren Vorschlag hin wird zukünftig auch die Personalsituation in den einzelnen Abteilungen des Gesundheitsamtes auch im Hinblick auf den Pakt für den ÖGD erfasst.

KA Stolz weist darauf hin, dass es bei den Corona-Schutzimpfungen in den Arztpraxen zu Problemen käme, da jede Phiolen sechs Dosen des Impfstoffes enthielte, die Zahl der Impfungen jedoch zurückginge. So käme es dazu, dass viele Dosen unverbraucht blieben. Auf ihre Nachfrage nach einem Impftag durch das Gesundheitsamt erklärt Frau Dr. Susenburger, dass die durch das Land NRW erfolgte Refinanzierungen im Rahmen der Impfungen durch die Gesundheitsämter auf Wunsch der kassenärztlichen Vereinigung und des Landes bewusst ausgelassen seien, um Impfungen in die Arztpraxen zu verlagern. Erneute Impfungen durch das Gesundheitsamt seien auch aufgrund der Personalausstattung zurzeit nicht möglich. Gleichwohl werbe das Gesundheitsamt unter anderem durch Pressearbeit für die Corona-Impfung. Zudem bestünde logistisch zu jeder Zeit die Möglichkeit, Impfstraßen wiedereinzurichten.

KA Hruschka dankt für die zeitnahe Besetzung der Stelle im Rahmen des „Bündnis gegen Depression“.

Auf ihre Nachfrage nach den steigenden Corona-Infektionszahlen erklärt Frau Dr. Susenburger, dass die Zahlen und Ausbrüche zurzeit stiegen. Dies läge auch an der derzeitigen Jahreszeit, in welcher Infektionen häufiger aufträten.

Das Infektionsgeschehen läge jedoch immer noch 10 Prozent unter dem Vorjahresniveau, wobei lediglich durch PCR-Tests bestätigte Infektionen erfasst würden und die Dunkelziffer bei der tatsächlichen Anzahl an Corona-Infektionen steigen dürfte.

Frau Zieger erklärt die sinkende Impfquote ebenfalls mit der stattgefundenen Durchseuchung der Bevölkerung. Frau Dr. Susenburger verweist daraufhin noch einmal auf die Empfehlung der STIKO. Hiernach sei die Corona-Impfung für Menschen der Risikogruppe und / oder ab 60 Jahren empfohlen. Für eine aktuelle Impfung müsse die letzte Erkrankung oder Impfung mindestens 12 Monate zurückliegen.

Impfungen von Kinder sollten weiterhin durch die Fachärztinnen und –ärzte der Pädiatrie erfolgen.

Herr Kowalczyk ergänzt, dass ausreichend Anbieter für Impfungen zur Verfügung stünden. Solange die Impfanbieter nicht überlastet seien, sähe er keine Notwendigkeit dafür, Impfungen durch das Gesundheitsamt durchzuführen.

Frau Dr. Susenburger stellt die zwischenzeitlich online gestellte Homepage „HelpME“ vor, welche anstelle der App „between-the-lines“ eingerichtet wurde. Sie dankt der Internetzentrale für die gute Zusammenarbeit und für die zügige Umsetzung.

Auf Nachfrage von KA Hruschka erklärt Frau Dr. Susenburger, dass die Bewerbung in Kooperation mit anderen Ämtern durch Flyer erfolgen werde, die z.B. an Schulen verteilt würden.

Herr Kowalczyk ergänzt auf Nachfrage von KA Dr. Guenther, dass die Homepage „HelpME“ auch auf der Startseite der Kreishomepage verlinkt werde.

KA Rotert erkundigt sich nach derzeitigen Medikamentenengpässen.

Hierzu führt Fr. Susenburger aus, dass derzeit lediglich Engpässe im Bereich der Palliativmedizin bestünden, welche jedoch gut aufgefangen werden könnten.

Herr Kowalczyk verweist in Bezug auf etwaige Engpässe auf die Abhängigkeit von China als Nebenwirkung der Globalisierung.

Die Mitglieder des Gesundheitsausschusses nehmen die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 9: Nachträge

Es liegen keine Nachträge vor.

KA Rotert stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Nicht öffentlicher Teil

Zu Punkt 10: Informationen der Verwaltung

Es liegen keine Informationen der Verwaltung vor.

Zu Punkt 11: Beteiligungsmanagement: Bericht über die Entwicklung der WfB Werkstätten des Kreises Mettmann - Vorlage Nr. 20/035/2023

KA Ernst erkundigt sich über Tagesfördereinrichtungen im Kreis Mettmann.

Herr Kowalczyk führt aus, dass eine solche Einrichtung in Velbert geführt werde. Träger dieser Einrichtungen seien im Land NRW die WfB. Die Aufgabe der Tagesfördereinrichtungen umfasse die Pflege von bettlägerigen Menschen und deren Förderung.

Durch die Trägerschaft der WfB sei eine Durchlässigkeit bzw. Mischung des Personals möglich.

KA Diederich merkt an, dass teilweise 14-20 Stellen nicht besetzt seien. Er erfragt, ob Werbung in spezifischen Bereichen möglich sei.

Herr Kowalczyk versichert, dass Personalwerbung in allen möglichen Formen z. B. bei der Bundesagentur für Arbeit, im Internet und in der Zeitung betrieben werde.

Als problematisch würde sich jedoch der Aspekt der Personalabwerbung und die Tatsache, dass sich das Tarifsysteem nicht nach dem Arbeitsmarkt richte, darstellen.

Er berichtet zudem, dass die Bundesregierung unzufrieden mit der Personalvermittlung aus den WfB heraus sei.

Er erklärt, dass dies häufig vielfältige Gründe habe. Behinderte Menschen fühlten sich häufig wohl in der vertrauten Umgebung der WfB.

Die Bundesregierung denke zurzeit als eventuell zukünftige Option an, den Bereich der Berufsausbildung aus den WfB an private Träger auszugliedern. Die Regierung des Landes NRW scheine dieser Idee gegenüber nicht abgeneigt zu sein, so dass diese Entwicklung beobachtet werden müsse.

Auf die Nachfrage von Frau Zieger erklärt Herr Kowalczyk, dass Menschen, die aus der WfB (zweiter Arbeitsmarkt) in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt worden seien, mittlerweile auch nach dortiger 6-monatiger Tätigkeit eine Rückkehrgarantie in den zweiten Arbeitsmarkt eingeräumt bekommen hätten.

Ein Rentenanspruch bestünde nach 20 Arbeitsjahren.

Die Mitglieder des Gesundheitsausschusses nehmen den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 12: Nachträge

Es liegen keine Nachträge vor.

KA Rotert dankt für die Teilnahme und schließt die Sitzung.

Ende der Sitzung: 18:40 Uhr

gez.
Carola Rotert

gez.
Sarah Schwanke